

## Beschluss

Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 17.04.2021

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag

## Antragstext

- 1 Die Klimakrise ist und bleibt die größte Bedrohung unserer Zeit und steht im Mittelpunkt unserer Politik.
- 2 Dank der weltweiten Klimagerechtigkeitsbewegung ist die Klimakrise mittlerweile auch im öffentlichen
- 3 Diskurs zur entscheidenden politischen Frage geworden, die alle Generationen betrifft und beschäftigt.
- 4 Zwar hat die Corona-Pandemie die Klimabewegung seit Anfang 2020 medial ausgebremst, doch wir wissen
- 5 alle nur zu gut: Die Klimakrise wartet nicht. Deswegen wollen wir in Brandenburg den erfolgreichsten
- 6 Bundestagswahlkampf machen, den wir je hatten! Denn die Klimakrise stoppen wir nicht aus der
- 7 Opposition heraus. In der kommenden Bundesregierung wollen wir Klimagerechtigkeit ressortübergreifend
- 8 zum Schwerpunkt des Regierungshandelns machen. Im Dialog mit der Wissenschaft und Zivilgesellschaft
- 9 wollen wir die ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen verwirklichen, die unabdingbar, aber bisher
- 10 verschlafen und verhindert worden sind.
  
- 11 Brandenburg machen wir mit unserer Regierungsbeteiligung jeden Tag ein Stück grüner. Wir haben in
- 12 unserem Bundesland erstmals ein Klimaministerium geschaffen und stellen einen Klimaminister.
- 13 Klimaschutz und die Einhaltung des 1,5°-Limits sind die Leitlinien unseres politischen Handelns. Daran
- 14 müssen wir alle Entscheidungen ausrichten und werden auch in der Landesregierung dafür kämpfen. Je
- 15 früher wir die Klimaneutralität für Brandenburg erreichen, desto weniger existenziellen Schaden
- 16 hinterlassen wir nachfolgenden Generationen. Wird der Green Deal der Europäischen Union nachgeschärft,
- 17 muss auch Deutschland sein Klimaziel für 2030 deutlich verschärfen. Wir in Brandenburg müssen ebenfalls
- 18 unseren Teil zum Erreichen der deutschen, europäischen und globalen Klimaziele leisten. Das ist dringend
- 19 notwendig! Denn fünf Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen spüren wir bereits, wie schnell die
- 20 Klimakrise eskaliert. Die Zeit läuft uns davon. Schon die nächsten fünf Jahren sind entscheidend für
- 21 unsere Zukunft, und vor allem für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.
  
- 22 Brandenburg erlebte 2019 das wärmste Jahr seit der Wetteraufzeichnung. Die Folgen spüren wir bereits
- 23 alle: Die Landwirtschaft erlebt Ernteaussfälle wegen Trockenheit. Die Brandenburger Seen, Moore und
- 24 andere Feuchtgebiete verzeichnen dramatische Wasserstandsverluste. Sinkende Grundwasserstände stellen
- 25 zunehmend die Wasserentnahme in Frage, unter anderem für die landwirtschaftliche Bewässerung. Die
- 26 Trockenheit erhöht die Waldbrandgefahr dramatisch und zieht die Bäume in Mitleidenschaft. Mittlerweile
- 27 sind 25% der Brandenburger Waldfläche geschädigt und damit auch anfälliger für Insektenbefall.
  
- 28 Wir müssen jetzt konsequent handeln und das Ruder in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung
- 29 herumreißen. Das Klein-Klein der Vergangenheit reicht nicht aus. Es muss Schluss sein mit dem halbgaren
- 30 „Wir tun doch was“, um das Gewissen zu beruhigen. Die jahrzehntelange Untätigkeit der letzten
- 31 Landesregierungen hat dazu geführt, dass seit Mitte der 90er-Jahre die Emissionen von Treibhausgasen in
- 32 Brandenburg lange Zeit kaum zurückgegangen sind, erst seit 2018 lässt sich eine deutliche Reduktion
- 33 feststellen, insbesondere aufgrund der Reservestellung zweier Kraftwerksblöcke in Jänschwalde und den
- 34 im Jahr 2020 spürbaren „Corona-Effekt“. Doch im Vergleich zu den anderen Bundesländern sind wir noch
- 35 immer einer der größten Treibhausgasemittenten (pro Kopf). Auf dem Weg hin zur Klimaneutralität bedarf
- 36 es noch vieler mutiger Schritte.

37 In 1,5 Jahren Regierungsbeteiligung in Brandenburg haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon einiges  
38 erreicht. Als ersten Schritt hin zu einem klimaneutralen, konsequent emissionsreduzierten Brandenburg  
39 haben wir mit dem Koalitionsvertrag unsere zentrale Forderung aus dem Landtagswahlkampf 2019 erfüllt:  
40 keine neuen Tagebaue, keine Tagebauerweiterung und kein Abbaggern von Dörfern in Brandenburg! Das  
41 machen wir mit der Änderung des Braunkohlenplans rechtsverbindlich .

42 Wir haben dafür gesorgt, dass Klimaschutz ein Schwerpunkt der Landespolitik ist und in allen Bereichen  
43 des Regierungshandelns eine zentrale Rolle spielen muss. Derzeit wird auf Basis wissenschaftlicher  
44 Grundlagen der Klimaplan für Brandenburg erarbeitet. Er wird den Klimacheck für alle Gesetzentwürfe der  
45 Landesregierung sowie die Festlegung sektorspezifischer, verbindlicher Ziele zur CO<sub>2</sub>-Reduktion  
46 beinhalten. Denn Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die nur gelingen kann, wenn in allen  
47 Politikfeldern die nötigen Weichen gestellt werden.

48 Klimaschutz und Landwirtschaft sind eng miteinander verknüpft. Mit der Erarbeitung des Aktionsplans  
49 Ökolandbau macht sich Brandenburg auf den Weg, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft bis 2024  
50 auf 20% zu erhöhen. Investitionen in klimafreundliche Landbewirtschaftung werden gefördert.

51 Auch das Landesjagdgesetz wird aktuell überarbeitet, denn eine verträgliche Wilddichte ist für den  
52 erfolgreichen Waldumbau hin zum "Klimawald" mit größerem Laubholzanteil unabdingbar. Ein weiterer  
53 Schwerpunkt liegt dieses Jahr auf der Erarbeitung des Moorschutzplans und der Förderung des  
54 Moorschutzes insgesamt. Denn Moore sind wertvolle CO<sub>2</sub>-Speicher.

55 Auf unser Engagement hin wurde außerdem der Nachhaltigkeitsbeirat wieder eingesetzt, und damit ein  
56 Rahmen zur wissenschaftlich fundierten Diskussion und Erarbeitung u.a. von Klimaschutzmaßnahmen  
57 geschaffen. Auch der neue 7-Punkte-Maßnahmenplan zur Vermeidung von Plastikabfällen und für einen  
58 besseren Umgang mit Kunststoffen leistet seinen Beitrag.

59 Im Bereich der Mobilität sind die Emissionen in Deutschland seit 30 Jahren nicht gesunken, obwohl klar ist,  
60 was zu tun ist: Wir brauchen einen Ausbau des Schienennetzes, mehr Bahnen, mehr ÖPNV, mehr  
61 Fahrradverkehr, bessere, barrierefreie und sicherere Fußwege und E-Mobilität – und deutlich weniger Autos  
62 .Wir wollen Mobilität für Menschen ohne eigenes Auto ermöglichen und stärken. So verbinden wir den  
63 Anspruch auf "Mobilität für alle" mit konsequentem Klimaschutz. In Brandenburg brauchte es die  
64 bündnisgrüne Regierungsbeteiligung, um endlich einen eigenen Haushaltstitel für Radverkehr zu schaffen.  
65 Allein 2021 investiert die Landesregierung nun 30 Millionen Euro in den Ausbau von Radwegen. Wir setzen  
66 uns für den Ausbau des Schienennetzes ein und haben das PlusBus-Netz deutlich erweitert. In der  
67 Verkehrswende stehen wir erst am Anfang des Weges in Brandenburg, aber wir haben noch viel vor!

68 Wir haben viel vor: Das gilt für alle Politikfelder. Nicht zuletzt unser Klimaschutzministerium hat in der  
69 kurzen Zeit bereits viele Prozesse angestoßen. Doch wir sind weiterhin erst am Anfang des langen Wegs  
70 hin zu einer sozial gerechten Klimaneutralität und konsequenten Emissionsreduzierung.

#### 71 **PARADIGMENWECHSEL IN DER MOBILITÄT: MEHR KLIMASCHUTZ, MEHR LEBENSQUALITÄT**

72 Unser Ziel ist es, dass zwei Drittel aller Wege in Brandenburg zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen  
73 Verkehrsmitteln zurückgelegt werden (können). Hierfür wollen wir den Anteil des Umweltverbunds bis  
74 2035 verdoppeln und setzen uns für einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik ein: ÖPNV und Rad-  
75 und Fußverkehr sind vorrangig zu betrachten – und nicht mehr, wie bisher, der motorisierte  
76 Individualverkehr. Wo ÖPNV nicht umsetzbar scheint, wollen wir neue Ansätze des Gemeinschaftsverkehrs  
77 (z.B. Mitfahr-Apps, Rufbusse) fördern. Tempo-30-Zonen wollen wir nicht nur dort ermöglichen, wo die  
78 Gefahrenlage dies erfordert, sondern dort, wo die Menschen vor Ort in den Städten und Gemeinden sich  
79 dies wünschen. Damit schaffen wir mehr Lebensqualität für alle! Planungen dürfen nicht mehr vorrangig  
80 aus der Perspektive von männlichen Autofahrenden gemacht werden, sondern müssen endlich aus der  
81 Perspektive der Radfahrenden und Fußgänger\*innen stattfinden. Klimagerechte Mobilität soll  
82 grundsätzlich Vorrang haben. Deswegen setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass die i2030-Projekte  
83 dieses Jahr weiter konkretisiert und weitere Umsetzungen beschlossen werden. Vorrang für den ÖPNV gilt

84 auch konkret im Straßenverkehr. Daher wollen wir, dass an allen Knotenpunkten mit Lichtsignalanlagen in  
85 Brandenburgs Städten und Gemeinden sukzessive eine ÖPNV-Bevorrechtigung umgesetzt wird.

86 Wir fordern, dass spätestens ab 2022 für alle Dienstfahrten der Landesregierung eine CO<sub>2</sub>-Kompensation  
87 abgeführt wird. Diese sind zweckgebunden für eine der Brandenburger Klimaschutzmaßnahmen zur  
88 Verfügung zu stellen. Zudem fordern wir die Umstellung des Fuhrparks auf emissionsfreie Fahrzeuge bis  
89 spätestens 2025 und Anreize für die dienstliche Nutzung von Fahrrädern zu schaffen.

## 90 **BAUEN UND WOHNEN, KLIMANEUTRAL UND SOZIAL**

91 Wir stehen vor der Herausforderung, einerseits bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten,  
92 andererseits aber perspektivisch klimaneutral zu bauen und zu wohnen. Das darf kein Widerspruch sein.  
93 Dafür brauchen wir ressourcenschonendes Bauen und Sanieren, eine effiziente Wärmeversorgung und eine  
94 Bau- und Siedlungspolitik, die auf Entsiegelung statt auf Flächenfraß setzt. Im Fokus unserer Politik steht,  
95 vielfältige Lebensentwürfe auf dem Wohnungsmarkt abzubilden. Barrierefreies Wohnen und die soziale  
96 Gerechtigkeit sind stets mit einzubeziehen. Das bedeutet insbesondere genossenschaftliches, kommunales  
97 und gemeinschaftliches Wohnen zu fördern.

98 Bei Neubau und Modernisierung liegt die Zukunft in wiederverwendbaren und vor allem  
99 wiederverwendeten Materialien, wie Recyclingbeton und solchen, bei deren Herstellung wenig  
100 CO<sub>2</sub> entsteht, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm. Mit der Änderung der Bauordnung im letzten Jahr geht  
101 Brandenburg erste Schritte in Richtung der dringend notwendigen Holzbauoffensive. Gerade im  
102 mehrgeschossigen Wohnungsbau brauchen wir in Brandenburg aber mehr Modellprojekte, wie es sie  
103 beispielsweise in Eberswalde bereits gibt. In Zukunft soll mehrgeschossiger Holzbau Normalität sein.  
104 Damit fördern wir unsere regionale Wirtschaft, speichern CO<sub>2</sub> in Häusern und reduzieren Sondermüll.

105 Die Frage des klimagerechten Wohnens geht immer Hand in Hand mit Fragen der Mobilität und der  
106 Flächenversiegelung. Ziel muss es sein, in unserer Siedlungsentwicklung das Konzept der Stadt der kurzen  
107 Wege und die Anbindung an den ÖPNV direkt mitzudenken. Im ländlichen Raum können durch Erneuerbare  
108 Energien gespeiste (Gemeinschafts-) e-Mobile auch längere Wege klimagerecht zurück gelegt werden.  
109 Soziale Daseinsvorsorge wohnortnah zu erhalten und zu schaffen ist nicht nur gelebter Klimaschutz,  
110 sondern auch ein feministisches Anliegen. Es sind immer noch Frauen, die den Großteil der Care-Arbeit  
111 leisten und auf kurze Wege angewiesen sind.

112 Wir müssen unsere Städte auf die verändernden klimatischen Bedingungen vorbereiten und anpassen.  
113 Daher fordern wir ein Modellprojekt Hitzeaktionsplan zur klimagerechten Gestaltung von Städten und  
114 Gemeinden. Beispielsweise können Bäume, Fassadenbegrünungen, Gründächer, Wasserflächen und  
115 Ähnliches als natürliche Klimaanlage wirken. Wir wollen zusätzliche klimagerechte Modellprojekte  
116 initiieren.

## 117 **DIE ENERGIEWENDE KONSEQUENT VOLLZIEHEN: KLIMASCHUTZ, DER SICH RECHNET**

118 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist essentiell für den Klimaschutz. Der bundesweite Ausstieg aus  
119 der Kohle kommt viel zu spät. Die Bundesregierung hat den mühselig ausgehandelten Kohlekompromiss zu  
120 Lasten des Klimaschutzes ignoriert. Das Kohleausstiegsgesetz auf Bundesebene hat den Namen nicht  
121 verdient. Deswegen setzen wir Bündnisgrüne uns im Bund und in Brandenburg weiter für den schnellen  
122 und effizienten Ausbau der Erneuerbaren und für einen schnelleren Kohleausstieg ein. Wir haben bereits  
123 im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Anteil an Photovoltaik-Flächen signifikant erhöht wird. Dafür  
124 sollen vor allem Dachflächen und anderweitig versiegelte Flächen - auch von landeseigenen Immobilien -  
125 genutzt werden, sodass dieses Potenzial möglichst vollständig ausgeschöpft werden kann. Wir streben  
126 zudem eine Solarpflicht auf allen dafür geeigneten Dächern an.

127 Wir unterstützen die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen, wenn dabei die Kriterien des Natur- und  
128 Landschaftsschutzes berücksichtigt werden. Bürger\*innenbeteiligung in der Planungsphase ist uns dabei  
129 wichtig. Die Anlagen als Ganzes und unter niedrig stehenden Solarmodulen muss eine für die Biodiversität  
130 förderliche Gestaltung vorweisen und der Erfolg dieser Maßnahmen überwacht werden. Große Chancen

131 sehen wir in der Etablierung von Agri-PV-Freiflächenanlagen: So können die landwirtschaftliche Nutzung  
132 und die Energiegewinnung auf der gleichen Fläche kombiniert werden.

133 Wir fordern eine finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Erträgen der Anlagen. Die Energiewende  
134 rechnet sich. Bürger\*innen wie Kommunen können und sollen von ihr profitieren! Der Freiflächen-Sektor  
135 kann somit die lokale Wirtschaft stärken und die Bürger\*innen vor Ort an der Wertschöpfung nachhaltig  
136 teilhaben lassen.

137  
138 Wir brauchen nach dem Kohleausstieg schnellstmöglich auch den Ausstieg aus fossilem Erdgas. Erdgas ist  
139 keine "Brückentechnologie" für die Energiewende sondern auf dem Weg zur Klimaneutralität ebenfalls ein  
140 Auslaufmodell. Deshalb dürfen jetzt keine Investitionen in neue Erdgasinfrastruktur mehr erfolgen, da dies  
141 für die Bekämpfung der Klimakrise die falschen Weichen stellt und den nötigen Umstieg damit verzögert.  
142 Die lokale Versorgung mit erneuerbaren Energien kann durch Aussetzung der EEG-Umlage für  
143 entsprechende Projekte realisiert werden.

#### 144 **FÜR EINEN SYSTEMWECHSEL IN DER LANDWIRTSCHAFT: NACHHALTIGKEIT ZU FAIREN EINKOMMEN**

145 Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Im Jahr 2023 beginnt eine neue Förderperiode der  
146 Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Ob der Einstieg in einen Systemwechsel gelingt, wird jetzt  
147 entschieden. Deshalb setzt sich unser Klimaministerium auf europäischer und nationaler Ebene für eine  
148 ambitionierte Reformrunde ein. Denn mehr Arten-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz und ein gutes  
149 Einkommen für nachhaltig wirtschaftende Landwirt\*innen stehen sich nicht unüberbrückbar gegenüber.  
150 Vielmehr können sie Hand in Hand gehen, wenn in der Förderpolitik die richtigen Weichen gestellt  
151 werden.

152 Wir setzen uns für eine klimagerechte Landnutzung und Tierhaltung in Brandenburg ein. Dazu wollen wir  
153 die Landwirt\*innen bei dem Umstieg auf klimagerechte Landnutzung und Tierhaltung und bei der  
154 Anpassung an die zunehmende Trockenheit beraten und fördern.

155 Gute Ansätze gibt es viele: Agroforstsysteme beispielsweise können ein wichtiger Schritt zu mehr  
156 Biodiversität und mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft sein. Sie halten Wasser in der Fläche, schützen  
157 Böden vor Erosion und Kulturen vor zu starker Sonneneinstrahlung. Sie schaffen Rückzugsräume für Tiere  
158 und Pflanzen und stellen neben Nahrungsmitteln auch Rohstoffe wie Bau- und Energieholz bereit. Wir  
159 Bündnisgrüne setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Agroforstsysteme zukünftig im Rahmen der  
160 europäischen Agrarpolitik gefördert werden - denn wirksamer Klimaschutz darf nicht weitere Jahre  
161 aufgeschoben werden.

#### 162 **KLIMASCHUTZ HEIßT ARTEN- UND TIERSCHUTZ**

163  
164  
165 Wir müssen unser Verhältnis zu Tieren, unabhängig von ihrer menschengemachten Zuordnung in Nutz- und  
166 Wildtiere, grundsätzlich in Frage stellen. Die Zustände in Massentierhaltungsanlagen, Schlachtbetrieben  
167 und Ställen zur Milcherzeugung sind nicht länger hinnehmbar. Es braucht Mindeststandards bei der  
168 Haltung aller Tiere und die vorhandenen Tierschutzregelungen müssen drastisch verschärft werden.  
169 Tierexporte und -importe müssen strenger kontrolliert und reguliert werden. Außerdem Handel mit  
170 Wildtieren sofort verboten wird.

#### 171 **WASSER: EIN WERTVOLLES SOZIALES GUT, AUCH FÜR BRANDENBURG**

172 Wasser ist ein zentrales, unverzichtbares Element, sowohl für das menschliche Leben als auch für unsere  
173 Umwelt. Der Zugang zu Wasser ist ein soziales Recht. Wasser ist öffentliches Gut und muss für alle  
174 Menschen zugänglich bleiben. Das Menschenrecht auf Wasser und auf sanitäre Grundversorgung ist jedoch  
175 bedroht. Bereits jetzt verfügen mehr als 18% der Weltbevölkerung nicht über sauberes Trinkwasser und ca.  
176 40% haben keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen. Mit schweren gesundheitlichen Folgen. Wir lehnen  
177 deshalb alle Versuche zur Privatisierung der Wasserversorgung ab. Der nachhaltige Umgang mit Wasser ist  
178 dafür Voraussetzung.

179 Durch die Klimakrise wird es immer wichtiger, dass Brandenburg mit der Ressource Wasser auf nachhaltige  
180 Weise umgeht und die Grenzen der natürlichen Ressourcen respektiert. In den Sommermonaten der letzten  
181 Jahre war die Niedrigwassersituation in den meisten Flussgebieten Brandenburgs sehr angespannt. Dazu  
182 wurde vom Umweltministerium Anfang 2021 ein Niedrigwasserkonzept vorgestellt. Dieses gibt Antworten  
183 darauf, wie das Wasser u.a. besser in der Landschaft gehalten werden kann und wo die Entnahme von  
184 Wasser reduziert werden muss, beispielsweise für Bewässerungen in der Landwirtschaft oder den privaten  
185 Gebrauch.

186 Auch die Brandenburger Oberflächengewässer befinden sich in einer kritischen Lage. Der Zustand dieser  
187 geschützten Gewässer darf sich nicht weiter verschlechtern, sondern muss erheblich verbessert werden.  
188 Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die EU-Wasserrahmenrichtlinie eingehalten wird und fordern  
189 entsprechende Maßnahmen für ihre bereits viel zu lang verschleppte Umsetzung ein.

## 190 **GUTES WASSERMANAGEMENT IM STRUKTURWANDEL**

191 In Brandenburg werden jährlich ca. 180 Millionen m<sup>3</sup> Grundwasser zur Freihaltung von  
192 Braunkohlelagerstätten gehoben und ohne weitere Nutzung abgeleitet. Diese Wasserentnahme ist gemäß  
193 den Ausnahmeregelungen im § 40 BbgWG vom Wassernutzungsentgelt freigestellt. Wir fordern, dass diese  
194 Regelung aufgehoben und von den Braunkohleförderern unverzüglich ein zu anderen Wassernutzern  
195 äquivalentes Wassernutzungsentgelt für die gesamte geförderte Wassermenge erhoben wird.

196 Zusätzliche Entnahmen von knappem Spreewasser als Kühlwasser für die Kohlekraftwerke lehnen wir ab.

197 Außerdem muss die LEAG der Landesregierung endlich schwarz auf weiß die Rücklagen für den Rückbau  
198 der Tagebaue und die Renaturierung nachweisen.

199 Mit dem Kohleausstieg wird das Problem der Nutzung der ehemaligen Tagebaugruben offensichtlich.  
200 Prominentestes Beispiel ist der Cottbuser Ostsee. Die Auswirkungen der Klimakrise sind hier deutlich zu  
201 spüren: Der Wasserspiegel steigt sehr viel langsamer als geplant. Unglaubliche 250 Mio. Kubikmeter sind  
202 notwendig, um den See zu füllen. Aufgrund der Dürre der letzten Jahre ist der See bisher allerdings nur zu  
203 5% gefüllt. Demnach würde es noch 44 Jahre dauern, bis der Prozess abgeschlossen ist. Doch das  
204 Trockenszenario der LEAG für die Befüllung deckt diese Werte nicht ab und muss daher unverzüglich  
205 kritisch hinterfragt und an die veränderten Bedingungen der Klimakrise angepasst werden.

206 Entscheidend ist für uns nicht nur die Menge des Wassers, sondern auch die Wasserqualität. Durch die  
207 Tagebauseen darf es nicht zu Unmengen an Sulfatbelastung in den umliegenden Gewässern kommen. Es  
208 ist gut, dass die Wasserqualität im Cottbuser Ostsee regelmäßig durch Proben überwacht wird. Die  
209 Ergebnisse der Untersuchungen müssen der Öffentlichkeit unverzüglich, fortlaufend und vollständig  
210 transparent zugänglich gemacht werden!

211 Bei zukünftigen Tagebauseen muss die LEAG verpflichtet werden, diese so klein wie möglich zu gestalten,  
212 um die Wasseroberfläche und somit die Verdunstung zu reduzieren. Andernfalls tragen die Folgen des  
213 ohnehin schon klimaschädlichen Kohleabbaus auch noch jahrelang zur Verschärfung der  
214 Wasserproblematik in der Klimakrise bei.

215 Die Bewirtschaftungsplanung für die Einzugsgebiete der Elbe und der Oder muss die Abbauplanungen der  
216 LEAG auf den Prüfstand stellen, denn ihr dürfen keine Abbaugelände zugrunde gelegt werden, die noch gar  
217 nicht berg- oder wasserrechtlich zugelassen sind.

218 Den Einsatz von PV-Anlagen auf dem Cottbuser Ostsee, unter Berücksichtigung des Tierschutzes, begrüßen  
219 wir ausdrücklich. Sie können nicht nur einen Beitrag zur geringeren Verdunstung leisten, sondern sind auch  
220 elementar wichtig für die Energiewende. Auch wenn der Cottbuser Ostsee aus Umwelt- und  
221 Klimagesichtspunkten kritisch zu betrachten ist, bietet er doch eine große Chance für die Region. Wir  
222 wollen die Umfeldentwicklung des Cottbuser Ostsees zu einem Modellprojekt von CO<sub>2</sub>-Neutralität  
223 machen. Dabei könnten die schwimmenden PV-Anlagen ein Baustein sein, um das Gebiet autark und  
224 komplett mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Weitere wichtige Bausteine neben der regionalen

225 CO<sub>2</sub>-Neutralität sind für uns eine gute Anbindung mit der Bahn, sowie die Ansiedlung von innovativen  
226 Projekten, Instituten und Startups.

227 **GEMEINSAM GROSS DENKEN - ALLES IST DRIN**

228 Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass in der Krise gemeinsam schnelle Lösungen gefunden werden  
229 können: Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde ein Virus so schnell entschlüsselt und ein  
230 Impfstoff gefunden. In einer gemeinsamen, solidarischen Kraftanstrengung kämpfen wir seit mehr als  
231 einem Jahr darum, dass Virus einzudämmen. Wir fordern, dass auch die Klimakrise endlich mit der gleichen  
232 Entschlossenheit und Konsequenz bekämpft wird! Alle Wiederaufbauhilfen zur Bewältigung der Folgen der  
233 Pandemie müssen deshalb auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.  
234 Klimaschutzmaßnahmen bringen viele Chancen mit sich, auch in anderen Bereichen. Nutzen wir sie, um die  
235 Brandenburger Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsorientierter, nachhaltiger und sozial gerechter zu  
236 gestalten!

237 Wir fordern, dass die Jugend wesentlich an allen politischen Entscheidungen zur Eindämmung der  
238 Klimakrise beteiligt wird! Gleiches gilt für Frauen und andere Personen, die genauso oder sogar ganz  
239 besonders betroffen, aber bisher unterrepräsentiert sind.

240 Wir fordern Klimagerechtigkeit! Damit meinen wir nicht nur unsere Verantwortung den kommenden  
241 Generationen gegenüber, sondern auch die globale Klimagerechtigkeit. Zu viele Menschen sind Opfer von  
242 Katastrophen und Konflikten, für die sie keine Verantwortung tragen. Viele befinden sich auf der Flucht vor  
243 Trockenheit und dem daraus resultierenden Hunger. Schuld sind oft klimatische Veränderungen, welche  
244 hauptsächlich durch die Industrienationen verursacht werden. Deswegen fordern wir die Anerkennung von  
245 Schutzsuchenden, welche aufgrund der Klimakrise ihr Zuhause verlassen müssen und eine  
246 Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung, um dem Sterben an den Außengrenzen Europas ein Ende zu  
247 setzen. Den weltweiten Folgen der Klimakrise mit Verantwortung entgegenzutreten bedeutet auch, dass  
248 wir uns für sichere Fluchtkorridore nach Deutschland und in die EU einsetzen.

249 Klimaschutz bedeutet Klimagerechtigkeit, weil der Schutz unserer Umwelt notwendig ist, um allen  
250 Menschen eine Zukunftsperspektive zu bieten - jetzt, für alle Generationen, und überall. Global denken, lokal  
251 handeln. Heute die Grundsteine für nachhaltige Veränderungen legen, die sich morgen für alle lohnen.  
252 Diese zentralen Leitgedanken von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen den politischen Unterschied.

253 Klimaziele im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen können wir nur mit BÜNDNIS 90/DIE  
254 GRÜNEN an der Bundesregierung erreichen! Das ist heute klarer denn je. Es ist unabdingbar, dass die  
255 nächste Bundesregierung für Klimagerechtigkeit und für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens  
256 kämpft. Wir wissen, dass wir die Klimakrise nicht aus der Opposition heraus aufhalten können. Deswegen  
257 haben wir in Brandenburg Regierungsverantwortung übernommen und sind dafür auch auf Bundesebene  
258 bereit. #mitdir kämpfen wir in Brandenburg für ein starkes bündnisgrünes Wahlergebnis im Bund! Packen  
259 wir es an!